

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپائی

Aus: Ausgabe vom 16.10.2017, Seite 6 / Ausland

Von Knut Mellenthin
17.10.2017

Trump auf Kriegskurs

Pentagon will militärische Zusammenarbeit mit Israel und arabischen Ölmonarchien gegen Iran verstärken



Donald Trump nach seiner Iran-Rede am Freitag in Washington

Foto: Susan Walsh/AP/dpa

Donald Trumps aggressive Rede gegen den Iran stößt weltweit auf Ablehnung. Nur die israelische Regierung und die autoritären Regime Saudi-Arabiens und der Vereinigten Arabischen Emirate applaudierten. Der US-Präsident hatte am Freitag eine »neue Strategie« angekündigt, mit der er den Iran in die Knie zwingen will. Sie umfasst neben

Maßnahmen zur Erstickung der iranischen Wirtschaft durch Sanktionen auch die Vorbereitung auf eine militärische Konfrontation.

In seiner nur etwa 18 Minuten langen Fernsehansprache teilte Trump mit, dass er das Wiener Abkommen von 2015 nicht bestätigen werde, an dem neben dem Iran und den USA auch Russland, China, Deutschland, Frankreich und Großbritannien beteiligt sind. Ein noch vor Vertragsunterzeichnung beschlossenes Gesetz verpflichtet den Präsidenten, dem Kongress alle 90 Tage Bericht zu erstatten, ob der Iran sich an die Vereinbarungen hält und ob das Abkommen den »grundlegenden nationalen Interessen der Vereinigten Staaten« entspricht.

Praktische Folgen hat das zunächst nicht. Die Mitteilung des Präsidenten eröffnet dem Kongress aber die Möglichkeit, innerhalb der nächsten zwei Monate ein Gesetz auf den Weg zu bringen, durch das einige oder alle Sanktionen wieder in Kraft treten, deren Anwendung die US-Regierung aufgrund des Wiener Abkommens »suspendiert« hatte. Ob es dafür eine Mehrheit im Abgeordnetenhaus und im Senat geben wird und ob Trump daran überhaupt interessiert wäre, ist ungewiss. Ein offiziell erklärter Rückzug aus dem Abkommen (englisch abgekürzt: JCPOA) brächte der US-Regierung keine Vorteile, aber erhebliche Nachteile.

Der Präsident strebt statt dessen ein neues Gesetz an, das die »automatische« Rückkehr zu den ausgesetzten Sanktionen vorsieht, falls der Iran nach Ansicht Washingtons gegen das JCPOA verstößt oder eine Reihe von willkürlich gestellten Bedingungen nicht erfüllt. Dazu gehören unter anderem noch nicht definierte Grenzen für die iranische Raketenentwicklung und entscheidende »Nachbesserungen« am JCPOA. An erster Stelle steht die Öffnung aller iranischen Militäranlagen für Inspektionen durch die Internationale Atomenergiebehörde IAEA und die Verewigung der zeitlich befristeten Beschränkungen des zivilen iranischen Atomprogramms durch das JCPOA. Darauf möchte Trump auch die europäischen Verbündeten verpflichten. Für den Fall, dass diese oder der Kongress nicht mitspielen, kündigte der Präsident den einseitigen Ausstieg aus dem Abkommen an.

Teil der »neuen Strategie« ist außerdem eine Verschärfung und Ausweitung aller Sanktionen, die vom JCPOA nicht berührt werden. Zentral sind dabei Maßnahmen gegen die iranische Revolutionsgarde, englisch abgekürzt IRGC. Noch am Freitag gab das Finanzministerium neue Sanktionen gegen Firmen bekannt, die von den USA der Garde zugerechnet werden. Das Ministerium berief sich dabei auf die Exekutivanordnung 13224, die der damalige Präsident George W. Bush zwölf Tage nach den Anschlägen vom 11. September 2001 gegen »terroristische Netzwerke und Organisationen« erlassen hatte.

Damit bleibt die US-Administration nur knapp unter der ausdrücklichen Kennzeichnung der IRGC als Terrororganisation, für die das Außenministerium zuständig wäre.

Trump kündigte in seiner Rede auch an, »mit unseren Verbündeten in der Region« – also in erster Linie mit Israel und den autoritären Staaten der arabischen Halbinsel – »zusammenzuarbeiten, um den destabilisierenden Aktivitäten« Teherans »entgegenzutreten«. Dazu gehören aus Sicht des Präsidenten neben der iranischen Beteiligung an der Bekämpfung bewaffneter islamistischer Fundamentalisten in Syrien und im Irak auch Begegnungen von US-amerikanischen und iranischen Kriegsschiffen im Persischen Golf.

Ein Pentagon-Sprecher gab am Freitag bekannt, dass das Ministerium dabei sei, »neue Gebiete« festzustellen, auf denen das US-Militär mit den Verbündeten zusammenarbeiten könne, um mehr Druck auf den Iran auszuüben. Dazu gehöre eine Neubewertung der Waffenlieferungen in die Region und die Verstärkung gemeinsamer Militärübungen. Das Pentagon erwäge außerdem, einen Teil der in der Region stationierten Streitkräfte – insgesamt rund 70.000 Soldaten – näher an den Iran heranzuschieben.